

N I E D E R S C H R I F T

über die 27. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	12.12.2001
von:	16:00 Uhr
bis:	19:10 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

Stv Mues, Gunter - als Vorsitzender
Stv Boller, Joachim
Stv Dreisbach, Jürgen
Stv Elter, Uwe
Stv Fries, Traute
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Köhl, Siegfried
Stv Moll, Ilona
Stv Panthöfer, Ulrich - für Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schneider, Manfred - für Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Schulte, Werner
Stv Siebel, Helmut

II. Beratende Mitglieder:

Stv Walter, Klaus-Volker

III. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Kühn
Städt. VD Lehmann
Rechtsdirektorin Nölle
VA Schneider

Städt. VR Dorsch
Städt. VR Scholze
Dipl.-Ing. Weidt
Dipl.-Ing. Sängler
Referendarin Neubauer
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
BM Stötzel, Ulf
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

Zur Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird einvernehmlich wie folgt geändert:

Ergänzung öffentlicher Teil:

21. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Deutschen Kinderschutzbund e. V.
22. Parkraumbewirtschaftung in Siegen
- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW

Ergänzung nichtöffentlicher Teil:

9.4 Genehmigung einer Dienstreise nach Münster

Punkt 12 des öffentlichen Teils - Kommunale Beschäftigungsförderung - wird von der Tagesordnung abgesetzt, da der Fachausschuss noch nicht abschließend beraten hat.

Die Dienstreisegenehmigung unter Punkt 9.1 ist gegenstandslos geworden, da die Veranstaltung ausgebucht war.

Seitens der CDU-Fraktion wird darüber hinaus ein Dringlichkeitsantrag zur Bewirtschaftung des Zentralparkplatzes im Siegerlandzentrum vorgelegt.

Die Vertreter der SPD-Fraktion und der UWG-Fraktion sehen keine Notwendigkeit zur Beratung des Antrages, da die Thematik verwaltungsseitig ohnehin bearbeitet wird.

(Der Aufnahme in die Tagesordnung unter Punkt 4 wird mehrheitlich mit den Gegenstimmen der SPD-Fraktion und UWG-Fraktion sowie Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (F.D.P.)

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Walter bestimmt.

27. HFA 12.12.2001

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2001

Herr Boller merkt an, dass er in der Anwesenheitsliste bis Ende des Öffentlichen Teils als Teilnehmer aufgeführt ist, die Sitzung aber erst nach TOP 3 des nicht-öffentlichen Teils verlassen hat.

Unter Punkt 18 des öffentlichen Teils hat er sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten:

Er bittet, dies entsprechend zu vermerken.

Die Niederschrift wird sodann bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

27. HFA 12.12.2001

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

27. HFA 12.12.2001

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1. Bewirtschaftung des Zentralparkplatzes im Siegerlandzentrum

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion (Tischvorlage)

Herr Rothenpieler führt aus, dass seit einigen Tagen der gesamte Parkplatz durch die Stadt entgeltlich bewirtschaftet wird. Die Platzfläche befindet sich jedoch nur teilweise im Eigentum der Stadt. Es besteht zwar mit dem anderen Eigentümer eine Vereinbarung hinsichtlich der Bewirtschaftung mit Parkscheiben, nicht aber mit Parkscheinautomaten. Für die Benutzer des Parkplatzes ist jedoch nicht erkennbar, auf welcher Fläche das Fahrzeug abgestellt ist. Folglich werden Parkgebühren auch für die Inanspruchnahme nichtstädtischer Flächen erhoben. Diesbezüglich fordert er

schnellstmöglich eine einvernehmliche Regelung und deutliche Kennzeichnung der unterschiedlichen Flächen.

Herr Baumeister erläutert, dass die Verwaltung seit mehreren Monaten mit dem anderen Eigentümer in Verhandlungen steht, um eine beiderseitigen Interessen Rechnung tragende Regelung zu treffen. Er hält unterschiedliche Parkregelungen auf dem Platz für ausgeschlossen, da dadurch der Parksuchverkehr zu erheblichen Behinderungen führen würde. Die Verwaltung ist bemüht, kurzfristig geeignete Maßnahmen zu treffen, insofern ist eine ausdrückliche Beauftragung entbehrlich.

Herr Kühn ergänzt, dass der Bewirtschaftungsbeginn entsprechend dem Beschluss des Rates vorgenommen wurde. Mit dem Eigentümer wurden verschiedene Möglichkeiten eines finanziellen Ausgleichs diskutiert, bisher jedoch ohne konkretes Ergebnis.

Herr Rothenpieler betont, dass seines Erachtens die Bewirtschaftung in der derzeitigen Form zu einer Ungleichbehandlung der Parkplatzbenutzer führt. Daher ist schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen.

Herr Dreisbach sieht rechtliche Probleme bei der derzeitigen Praxis und regt an, die Bewirtschaftung bis zu einer entgeltigen Regelung auszusetzen.

Herr Boller entgegnet, dass die Verwaltung gehalten war, vertragsgemäß die Bewirtschaftung einzuführen. Diese kann seines Erachtens nicht auf Grund abweichender Positionen Einzelner ausgesetzt werden.

Herr Kirchhöfer schließt sich seinem Vorredner ausdrücklich an und erinnert an die erheblichen zeitlichen Verzögerungen bei der Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung in Weidenau und der damit auch verbundenen finanziellen Folgen.

o Die Beratung wird ohne konkrete Beschlussfassung beendet.

27. HFA 12.12.2001

5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW

5.1. Förderung von Bau-, Einrichtungs- und Renovierungsmaßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger der Jugendhilfe - Beschwerde gem. § 24 GO NW des Vereins Christliche Gemeinschaftspflege Siegen-Achenbach vom 25. Juli 2001

Vorlagennr. 1520/2001 und 1520/2001 A - Vorlagen vom 29.10. und 04.12.2001

Herr Wagener nimmt als Vertreter der Petentin eingehend zur Verwaltungsvorlage Stellung und stellt den aus Sicht des Vereins bestehenden Anspruch auf eine Bezuschussung heraus.

Verwaltungsseitig nehmen Herr Dr. Rohr zum Verfahrensablauf und Frau Nölle zur rechtlichen Bewertung des Vorgangs Stellung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen weist die Beschwerde zurück.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung

27. HFA 12.12.2001

**5.2. Erhöhung der Eintrittspreise für Familienkarten in den Hallenbädern der Stadt Siegen;
Anregung gemäß § 24 GO von Herrn Hans-Werner Bruch vom
01.06.2001**

Vorlagenr. 1557/2001 - Vorlage vom 13.11.2001

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziffer 4 a der Anlage II der Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt die Eingabe für erledigt.

Dem Antragsteller ist das Beratungsergebnis zu Tagesordnungspunkt 10 der Sitzung zur Kenntnis zu geben.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

27. HFA 12.12.2001

6. Gewerbe- und Industrieflächenkonzept / Teilkonzept 1 (Neue Gewerbe - und Industrieflächen)

Vorlagenr. 1554/2001 - Vorlage vom 13.11.2001

Herr Schneider nimmt Bezug auf den Vorschlag "Haardter Berg" und bittet, im Vorfeld mit der benachbarten Firma KEP Kontakt aufzunehmen im Hinblick auf künftige Kapazitäten zur Ablagerung von Schlackenabfällen.

Herr Panthöfer verweist auf die Empfehlung des Fachausschusses, auf Grund des Gewerbeflächenbedarfs drei Bereiche vorrangig zu bearbeiten. Die Untersuchung einzelner Flächen nacheinander würde zu Zeitverzögerungen führen.

Für Herrn Boller steht mit der Vorlage dieser Studie fest, dass die Ausweisung eines Industrie- und Gewerbegebietes auf dem ehemaligen Standortübungsplatz nicht mehr in Betracht kommt, da genügend Alternativflächen zur Verfügung stehen. Die Verwaltungsvorlage ist seiner Meinung nach inhaltlich nicht schlüssig, da vor der konkreten Untersuchung einzelner Flächen zunächst eine Bestandsaufnahme und ein Bedarfsnachweis vorgenommen werden müssten. Ein Abwägungsdefizit sieht er darüber hinaus darin, dass der in vergangenen Jahren andiskutierte Bereich "Lurzenbach" nicht aufgegriffen wurde.

Herr Kirchhöfer betont, dass eine entgeltliche Entscheidung über den ehem. Standortübungsplatz zeitlich nicht absehbar ist und daher Vorsorge getroffen werden muss. Der Haupt- und Finanzausschuss ist als Planungsausschuss aufgefordert, die Zielvorgaben zu definieren. Er hält es stadtentwicklungspolitisch für unverträglich, bereits im Vorfeld bei aufkommendem Widerstand Vorschläge ohne eine detaillierte Überprüfung zu verwerfen.

Auch aus Sicht der CDU-Fraktion ist mit dem Gewerbeflächenkonzept die Diskussion über den ehem. Standortübungsplatz nicht abgeschlossen, so Herr Schiemer. Die Überprüfungen der in Rede stehenden Bereiche sind abzuwarten und die Ergebnisse abzuwägen. Er schließt sich der Auffassung an, dass das Gemeinwohl nicht vorab nachrangig gegenüber den Interessen Einzelner betrachtet werden kann.

Herr Walter hält eine Vorhaltung von Gewerbeflächen für dringend nötig, um auch ad hoc Flächen anbieten zu können. Eine langwierige Beplanung neuer Bereiche wird dazu führen, dass potentielle Interessenten von ihren Plänen Abstand nehmen. Er legt darüber hinaus auch Wert darauf, dass nicht einerseits durch die Ausweisung von neuen Wohnbaugebieten eine Abwanderung der Bevölkerung in das Umland verhindert werden soll und andererseits auf Grund fehlender Arbeitsmöglichkeiten vor Ort eine Beschäftigung im Umland aufgenommen werden muss.

Herr Mues merkt an, dass mit den drei prioritär zu bearbeitenden Bereiche maximal eine Nettofläche von 60 - 70 ha erreicht werden kann. Der ehem. Standortübungsplatz mit geplanten 93 ha ist zudem als interkommunales Gebiet vorgesehen. Das Flächendefizit wird bei diesen Größenordnungen nicht beseitigt werden können.

Beschluss (mit Konkretisierung des Verwaltungsvorschlags):

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt auf Grundlage des Teilkonzeptes 1 des Gewerbe- und Industrieflächenkonzeptes unter Berücksichtigung folgender Änderung zu Ziffer 1:

1. Die weitere Planung zur Entwicklung neuer Gewerbe- und Industrieflächen für die Bereiche
 - Faule Birke, Eisernhardt, Oberes Leimbachtal (teilweise),
 - Oberschelden / Seelbach und
 - Haardter Berg (auf einer Teilfläche von ca. 7 ha)wird gleichrangig betrieben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die landesplanerische Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg durchzuführen, mit dem Ziel, den Gebietsentwicklungsplan zu ändern.
3. Parallel dazu ist ein geeignetes Planungsbüro mit der vertiefenden Untersuchung als Vorstufe der Erstellung der Bauleitplanung zu beauftragen. Hierzu sind entsprechende Fördermittel bei der Bezirksregierung zu beantragen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (GRÜNE)**27. HFA 12.12.2001****7. Maßnahmen zur Dorferneuerung
hier:
Prioritätenliste 2001**

Vorlagenr. 1375/2001 - Vorlage vom 06.09.2001

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt den Vorschlägen und den in der Begründung genannten Maßnahmen zur Dorferneuerung zu und beschließt die Mittelbereitstellung und deren Verteilung gemäß der unter Punkt 3 der Vorlage dargelegten Prioritätenliste für das Haushaltsjahr 2001.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**27. HFA 12.12.2001**

8. Änderung der Ruhegeldordnung

Vorlagennr. 1572/2001 - Vorlage vom 19.11.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

1. die Änderung der §§ 15 und 15 a
2. die Aufhebung der §§ 1a und 1b

der Ruhegeldordnung über die Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die Angestellten und Arbeiter der Stadt Siegen in der Fassung vom 30.09.1987.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

27. HFA 12.12.2001

9. Bericht über das Betriebliche Vorschlagswesen der Stadtverwaltung Siegen

Vorlagennr. 1580/2001 - Vorlage vom 16.11.2001

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht über das Betriebliche Vorschlagswesen der Stadtverwaltung Siegen zur Kenntnis.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, zukünftig in einem zweijährlichen Rhythmus dem Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung über das Betriebliche Vorschlagswesen zu berichten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

27. HFA 12.12.2001

10. Währungsumstellung von DM auf Euro ab 01.01.2002 für die städtischen Sportplatzanlagen und Sporthallen sowie für die städtischen Hallen- und Warmwasserfreibäder

Vorlagennr. 1284/2001 - Vorlage vom 01.08.2001

dazu: Antrag der CDU-Fraktion vom 12.12.2001

Bezug nehmend auf den Antrag der CDU-Fraktion erläutert Herr Schiemer, dass die Zahl der Nutzer der Familienkarte erheblich zurückgegangen ist und daher ein neues attraktives Angebot geschaffen werden soll. Ein weiteres Anliegen seiner Fraktion ist, auch im Bereich der Hallen- und Freibäder das Engagement der Inhaberinnen und Inhaber der Jugendleiterkarte zu unterstützen.

Herr Dr. Rohr erklärt, dass die finanziellen Auswirkungen des Vorschlages zwar den Familien zu Gute kommen, jedoch städtischerseits mit Mindereinnahmen von 70 - 100 TDM gerechnet werden muss. Er bittet, zunächst das Bädergutachten, das im Januar 2002 zur Beratung kommen wird, vor einer grundlegenden Änderung der Tarifstruktur abzuwarten.

Herr Kirchhöfer kritisiert das Vorgehen der CDU-Fraktion, da mit dem Antrag wiederholt eine Entscheidung des Fachausschusses verworfen werden soll und eine Vorbesprechung des Sachverhalts in den Fraktionen zeitlich nicht möglich war.

Herr Schneider erinnert daran, dass der Feuerschutzausschuss ebenfalls eine Ermäßigung in den Hallen- und Freibädern für die ehrenamtlich tätigen Feuerwehrleute gefordert hatte. Die Überlegungen wurden seinerzeit auf Grund einer angekündigten Gesamtvorlage zur Thematik "ehrenamtliche Tätigkeiten" zurückgestellt. In dem Vorschlag der CDU-Fraktion sieht er nunmehr eine Ungleichbehandlung.

Herr Schulte hält Auswirkungen des Bädergutachtens auf die Eintrittspreise in den städtischen Bädern für möglich, Dessen ungeachtet ist es das Anliegen seiner Fraktion, speziell die Familien zusätzlich zu unterstützen.

Herr Baumeister warnt davor, im Vorfeld der Haushaltsberatung belastende Beschlüsse zu fassen. Aus Sicht des Kämmerers ist der Antrag in Anbetracht des Haushaltsentwurfes nicht zu befürworten. Vielmehr sollte eine haushaltsverträgliche Lösung angestrebt werden, die auch dem Gedanken der Familienförderung Rechnung tragen kann.

Herr Siebel spricht sich dafür aus, das Bädergutachten abzuwarten.

Herr Walter hält es im Hinblick einer Gesamtberatung über Ermäßigungen im ehrenamtlichen Bereich für angebracht, die Entscheidung zurückzustellen. Eine Ungleichbehandlung sollte seines Erachtens vermieden werden.

Beschluss (über den Antrag der CDU-Fraktion):

In Abänderung des Beschlusses des Sport- und Bäderausschusses vom 26.11.2001 wird dem Rat folgendes empfohlen:

- Auf Seite 5 der Vorlage Nr. 1284/01 werden in der Tabelle "Saisonkarten Freibäder" die 2 Familienkartenarten gestrichen und ersetzt durch **"Familienkarte 50,00 €"**.
- In der Tabelle "Halbjahreskarte für die Hallenbäder" werden die 3 Familienkartenarten gestrichen und ersetzt durch **"Familienkarte 105,00 €"**.
- In der Tabelle "Kombikarte Freibadesaison" werden die 2 Familienkartenarten gestrichen und ersetzt durch **"Familienkarte 80,00 €"**
- Für Inhaber der Jugendleitercard (Juleica) soll zukünftig in den städtischen Hallen- und Freibädern der Tarif für Jugendliche (14 bis 18 Jahre) angewendet werden.

**Beratungsergebnis: mehrheitlich dafür (Gegenstimmen SPD, UWG),
1 Enthaltung (GRÜNE)**

Beschlussvorschlag (Vorlage mit Änderung gem. Antrag):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Währungsumstellung von DM auf Euro mit Wirkung ab 01.01.2002 für die Nutzungsentgelte für die städtischen Sportplatzanlagen und Sporthallen sowie für die Eintrittspreise für die städtischen Hallen- und Warmwasserfreibäder gemäß Vorlage mit folgenden Änderungen:

- Auf Seite 5 der Vorlage Nr. 1284/01 werden in der Tabelle "Saisonkarten Freibäder" die 2 Familienkartenarten gestrichen und ersetzt durch **"Familienkarte 50,00 €"**.
- In der Tabelle "Halbjahreskarte für die Hallenbäder" werden die 3 Familienkartenarten gestrichen und ersetzt durch **"Familienkarte 105,00 €"**.
- In der Tabelle "Kombikarte Freibadesaison" werden die 2 Familienkartenarten gestrichen und ersetzt durch **"Familienkarte 80,00 €"**
- Für Inhaber der Jugendleitercard (Juleica) soll zukünftig in den städtischen Hallen- und Freibädern der Tarif für Jugendliche (14 bis 18 Jahre) angewendet werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 5 Enthaltungen (SPD, UWG)

27. HFA 12.12.2001

11. Änderung der Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss und das Ausstellungsforum Haus Oranienstraße (Adolf-Saenger-Stiftung)

Vorlagennr. 1221/2001 - Vorlage vom 17.04.2001

Frau Fries kann das Vorgehen der CDU-Fraktion nicht nachvollziehen, da von der ursprünglichen Fachausschussempfehlung abgewichen werden soll. Die Verwaltung hatte auch im Bewusstsein der anstehenden Renovierungsarbeiten eine moderate Erhöhung vorgeschlagen, die auch den nach 1996 vorgenommenen Besonderheiten Rechnung trägt. Die SPD-Fraktion wird sich der Stimme enthalten.

Beschlussvorschlag (in Abänderung des Verwaltungsvorschlages):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss in der Fassung von 16.02.1996 beizubehalten. Die Euro-Umstellung ist in der Form vorzunehmen, dass die DM-Beträge halbiert werden. Die Entgelte für die Familientageskarte und die Führungen durch Wissenschaftler (Museumsleitung) werden auf 4.50 € bzw. 38,50 € erhöht. In die Kategorien Kinder/Jugendliche/Studenten" sind auch die Inhaber und Inhaberinnen der JuLeiKa aufzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 5 Enthaltungen (SPD, GRÜNE)

27. HFA 12.12.2001

12. Kommunale Beschäftigungsförderung
- Hilfe zur Arbeit
- Einbindung der Neuen Arbeit Siegerland e. V.

Vorlagennr. 1413/2001

Die Vorlage wurde abgesetzt.

27. HFA 12.12.2001

13. Beteiligungsbericht der Stadt Siegen 2001

Vorlagennr. 1593/2001 - Vorlage vom 13.11.2001

Am Beispiel der KSG spricht Herr Kirchhöfer die Umwandlung von Rücklagen in Stammkapital an.

Herr Baumeister sagt eine Prüfung zu, ob eine Erhöhung bzw. Umwandlung im Rahmen der bestehenden Verträge, Satzungen etc. möglich ist mit dem Hinweis, dass die Stadt i. d. R. nur über eine Minderheitsbeteiligung verfügt.

- o Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

27. HFA 12.12.2001

14. Bebauungsplan Nr. 206 "Wiedthal", 2. Änderung, der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen-Eiserfeld

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) und (4) BauGB
- Abwägung des Ergebnisses der Bürgerbeteiligung
- Abwägung des Ergebnisses der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB)
- Beschluss des Planentwurfes und der öffentlichen Auslegung

Vorlagenr. 1490/2001 - Vorlage vom 08.10.2001

Herr Mues verweist auf die vom Bezirksausschuss und vom Bauausschuss empfohlenen Änderungen.

Herr Brune ergänzt, dass im Bauausschuss zudem über die Ausrichtung der Gebäude beraten wurde, dies aber in die Beschlussempfehlung nicht explizit eingeflossen ist. Es wird daher vorgeschlagen, für den Bereich A eine traufständige Firstrichtung festzusetzen.

Beschlussvorschlag (mit Änderung):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- 1.1 gem. § 2 (1) und (4) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 206 "Wiedthal", 2. Änderung, der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen-Eiserfeld. Das Plangebiet der 2. Änderung - Anlage 1 der Vorlage - liegt in der Gemarkung Eiserfeld Flur 22 und erfasst mit den Änderungsbereichen A und B nachstehende Flurstücke:

Änderungsbereich A

Flurstücke 489, 490, 492, 493, 494, 495 und 525,

Änderungsbereich B

Flurstück 454;

1.2 es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Bürgerbeteiligung seitens der Bürger keine Einwände vorgebracht wurden;

1.3 die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4(1) BauGB vorgebrachten Anregungen und Hinweise zu dem Bebauungsplanentwurf Nr. 206 "Wiedthal", 2. Änderung, gemäß den als Anlage 2 zur Vorlage beigefügten Stellungnahmen 1 - 3 (Abwägung) zu behandeln, die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung;

1.4 gem. § 3 (2) BauGB den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 206 "Wiedthal", 2. Änderung, und seine öffentliche Auslegung mit der Begründung (Anlage 1 und Anlage 3 zur Vorlage) mit folgenden Änderungen:

Im Änderungsbereich B wird eine öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Spielplatz" festgesetzt.

Für den Änderungsbereich B werden maximal zwei Vollgeschosse festgesetzt.

Für den Änderungsbereich A wird eine traufständige Firstrichtung festgesetzt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

27. HFA 12.12.2001

15. Satzung gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB (Ergänzungssatzung) im Stadtteil Siegen-Obersetzen;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**
- Prüfung des Ergebnisses der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange**
- Satzungsbeschluss**

Vorlagenr. 1551/2001 - Vorlage vom 06.11.2001

Herr Boller erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Vorschlag nicht zustimmen wird, da der ökologische Ausgleich zu gering ist. Diese Auffassung sieht er durch die Stellungnahme des Kreises Siegen-Wittgenstein bestätigt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der durchgeführten Bürgerbeteiligung (in Form einer 4-wöchigen öffentlichen Auslegung) von den Bürgern keine Anregungen vorgebracht wurden;

2. die von den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) vorgebrachten Anregungen gemäß der der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Abwägung zu behandeln;
3. den Entwurf zur Satzung gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB (Ergänzungssatzung) im Stadtteil Siegen-Obersetzen als Satzung;
4. die Begründung zur Satzung gemäß Anlage 3 der Vorlage.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimme GRÜNE), 0 Enthaltungen

27. HFA 12.12.2001

16. **Bebauungsplan Nr. 323 "Eiserfelder Straße" in Siegen-Eiserfeld;
hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss**

Vorlagennr. 1594/2001 - Vorlage vom 20.11.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 323 "Eiserfelder Straße" im Stadtteil Siegen-Eiserfeld.

Das Plangebiet (s. Übersichtsplan als Anlage zur Vorlage) liegt im Stadtteil Eiserfeld zwischen der Eiserfelder Straße im Osten und dem Flusslauf der Sieg im Westen, dem Bahnhof Eiserfeld im Norden und dem vorhandenen Bebauungsplan Nr. 1/18 "Philips Electrologica" im Süden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

27. HFA 12.12.2001

17. **Wegeeinziehung in der Stadt Siegen;
Einziehung eines Teilstücks des Fußweges Gemarkung Eiserfeld Flur
16 Flurstück 320 (Verbindung zwischen Wilhelmstraße und
Eiserntalstraße)**

Vorlagennr. 1480/2001 - Vorlage vom 10.09.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom

23. September 1995 (GV NW S. 1028/SGV NW 91) die Einziehung eines Teilstückes des Weges Gemarkung Eiserfeld Flur 16 Flurstück 320 (Verbindungsweg zwischen Wilhelmstraße und Eiserntalstraße).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

27. HFA 12.12.2001

**18. Neubenennung einer Straße in Siegen;
Benennung der Erschließungsstraße im Baugebiet Nr. 265
"Stimmerweg" in Siegen-Eisern**

Vorlagennr. 1435/2001 - Vorlage vom 11.09.2001

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, der im Bebauungsplangebiet Nr. 265 "Stimmerweg" gelegenen Erschließungsstraße den Namen "**Stimmerwiese**" zu geben.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

27. HFA 12.12.2001

19. Haltestellenprogramm

Vorlagennr. 1596/2001 - Vorlage vom 21.11.2001

Herr Schulte führt aus, dass die Stadt Siegen bedauerlicher Weise als letzte im Verkehrsverbund die Umgestaltung der Haltestellen vornehmen will. Angesichts der zeitlichen Verzögerungen, der Investitionskosten und der unsicheren Fördersituation ist die Notwendigkeit der Umsetzung des Gesamtprogramms fraglich. Unter Abwägung aller Gesichtspunkte beantragt die CDU-Fraktion daher, die Zuschussunterlagen lediglich für die Haltestellenkennzeichnung zu erstellen. Der Stadt Siegen entstehen damit keine Kosten, Änderungen werden durch den Verkehrsverbund vorgenommen.

Herr Brune erläutert, dass sich der Nahverkehrsplan auf alle Haltestellen bezieht und eine einheitliche Gestaltung im gesamten Verbund angestrebt wird. Wenn die Kennzeichnung der Haltestellen als einziger Punkt in den Förderantrag aufgenommen werden soll, werden für alle weiteren Punkte des Programms keine Fördermittel mehr zur Verfügung gestellt. Nach Auskunft der Bezirksregierung kann ausschließlich ein Antrag gestellt werden. In diesem Fall wird eine Verbesserung der Situation an allen Haltestellen, die nicht durch die DSM errichtet bzw. betrieben werden, nur auf Kosten der Stadt möglich sein.

Herr Schneider weist darauf hin, dass die Beratung des Bauausschusses letztlich zum Ergebnis hatte, die Mittel für eine externe Planung einzusparen. Er spricht sich dafür aus, wenigstens die Vorschläge in den Kategorien 1 - 4 schnellstmöglich umzusetzen.

Herr Boller lehnt es ab, einen Förderantrag nur für neue Haltestellenkennzeichen zu stellen, die seines Wissens ohnehin notwendig sind. Die Probleme im Hinblick auf mangelnde Aufstellflächen, Wetterschutz etc. bestehen überwiegend an Haltestellen, die auf Grund ihrer Lage nicht durch die DSM betreut werden.

Herr Kirchhöfer sieht den größten Bedarf ebenfalls nicht an den Schwerpunkthaltestellen in den Innenstadtbereichen, sondern vielmehr in den einzelnen Stadtteilen. Daher sollte dem Vorschlag gefolgt werden, Zuschüsse für die weitere Ausstattung im 1. Bauabschnitt zu beantragen und auf Grundlage der Bestandsaufnahme im Detail über die Umsetzung zu entscheiden.

Herr Schiemer hält eine deutlichere Definition der 1. Priorität für erforderlich.

Herr Rothenpieler wirft die Frage auf, ob nicht erst die Bestandsaufnahme vorgenommen und dann entschieden werden kann, welche Ausstattung an welcher Haltestelle erforderlich ist.

Herr Brune verweist zum Zeitrahmen auf Seite 4 der Vorlage. Die Bestandsaufnahme könnte je nach Wetterlage bis Ende Februar abgeschlossen sein. Er betont, dass der Beschlussvorschlag grundsätzlicher Art ist und die genaue Umsetzung im Fachausschuss zu beraten sein wird.

Beschlussvorschlag (in Abänderung des Verwaltungsvorschlages):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, einen Zuschussantrag für das Haltestellenprogramm auszuarbeiten. Dieser ist zu gegebener Zeit mit konkreten Zahlenangaben den politischen Gremien vorzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

27. HFA 12.12.2001

20. Erlass von Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass gemäß §§ 14 bzw. 16 des Ladenschlussgesetzes im Jahr 2002

Vorlagenr. 1614/2001 - Vorlage vom 29.11.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt den Bürgermeister, die Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen bzw. an Samstagen über die allgemeine Ladenschlusszeit hinaus zu den Veranstaltungen

- | | |
|-----------------------------|---------------|
| - Neujahrsempfang | am 05.01.2002 |
| - Frühlingsfest in Weidenau | am 07.04.2002 |
| - Altstadtfest | am 07.09.2002 |
| - Herbstfest in Weidenau | am 06.10.2002 |
| - Bürgerfest in Geisweid | am 13.10.2002 |

zu erlassen.

Beratungsergebnis: 10 Stimmen dafür, 3 dagegen, 1 Enthaltung

27. HFA 12.12.2001

- 21. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Deutschen Kinderschutzbund e. V.
- Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung/Kindertagesstätte/Soziales Dienstleistungszentrum - Dr.-Ernst-Schuppener-Haus -**

Vorlagenr. 1584/2001 - Vorlage vom 19.11.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigefügten Leistungsvertrag einschließlich Anlagen zu.

Ergänzend wird folgende Klarstellung vorgenommen:

Die Angaben in der Vorlage sind dahingehend zu korrigieren, dass der Deutsche Kinderschutzbund e. V. lediglich die Trägerschaft für die Durchführung der Schulsozialarbeit, nicht aber für das Jugend- und Bürgerzentrum übernimmt. Ein Mitspracherecht des Kinderschutzbundes während der Umbauphase beschränkt sich auf die Räumlichkeiten, die dieser künftig originär nutzt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

27. HFA 12.12.2001

**22. Parkraumbewirtschaftung in Siegen
Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW**

Vorlagennr. 1624/2001 - Vorlage vom 29.11.2001

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW

- die Umstellung der Parkentgelte in den bewirtschafteten Parkeinrichtungen zuzüglich Parkscheinautomaten von DM auf Euro gemäß der in der Vorlage dargestellten Form,
- die Umstellung der Parkgebührenordnung von DM auf Euro gemäß der in der Vorlage dargestellten Form

jeweils ab 01.01.2002.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

27. HFA 12.12.2001